

Nachrichten

Prix Schappo an den Verein ASK

Basel. Mit dem zum 32. Mal verliehenen Prix Schappo werden am kommenden Donnerstag die Freiwilligen des Vereins «ASK – Austausch in Sport und Kultur» ausgezeichnet. Der Verein engagiert sich seit drei Jahren für die interkulturelle Kommunikation durch sportliche sowie kulturelle Anlässe. Der Preis soll einerseits den Bekanntheitsgrad des Vereins stärken, andererseits wird der Verein durch die Koordinationsstelle Freiwilligenarbeit in der Kantons- und Stadtentwicklung bei der Vernetzung mit anderen Organisationen sowie bei der vereinsinternen Weiterentwicklung unterstützt.

Neue Vorstandsmitglieder in der Handelskammer

Basel. Die Handelskammer beider Basel mit ihren über 2100 Firmen- und Einzelmitgliedern hat ihren Vorstand mit drei neuen Mitgliedern ergänzt. Es sind dies Patrick Dreyfus, Delegierter des Verwaltungsrates der Regent Beleuchtungskörper AG, Anna-Katharina Eisenhart, Präsidentin des Verwaltungsrats und CEO der Sugro AG, und Rolf Knechtli, Geschäftsführer Apretas Basel und Rektor der Berufsschule Apretas Muttenz sowie Präsident der Ausbildungskommission der Handelskammer beider Basel.

Migrationsamt informiert über Einbürgerung

Basel. Das Migrationsamt Basel-Stadt informiert gemeinsam mit den drei Bürgergemeinden Basel, Riehen und Bettingen über das ordentliche Einbürgerungsverfahren. Die Veranstaltung findet am kommenden Montag, 12. Mai, um 19 Uhr im Grossratsaal im Rathaus statt und richtet sich an ausländische Staatsangehörige, die im Kanton Basel-Stadt wohnen und nicht dem vereinfachten Einbürgerungsverfahren unterliegen. Das Migrationsamt hat deswegen rund 1200 Personen angeschrieben, welche die Wohnsitzvoraussetzungen zur Einbürgerung erfüllen.

«Polit Battle» im Grossratsaal

Basel. Im Grossratsaal kommt es am kommenden Donnerstag, 8. Mai, von 17 bis 19.30 Uhr zu einer «Polit Battle». Es handelt sich um ein Treffen von 100 Jugendlichen, die fünf Politikerinnen und Politiker zu folgenden Themen herausfordern: Kampfflugzeug Gripen, Fusion der beiden Basel, legale Gleichstellung von Haschisch und Alkohol, Einführung einer Altersquillotine in der Politik.

Basler Hochschule für Kunst zu Gast in Mailand

Basel/Mailand. An der Mailänder «Giornata dedicata all'estetica» («Ästhetik-Tag») vom 7. und 8. Mai präsentiert sich die Basler Hochschule für Gestaltung und Kunst. Der Auftritt ist ein Beitrag an den «Giro del Gusto», die Roadshow von Präsenz Schweiz, die den Schweizer Auftritt und insbesondere den Auftritt des Kantons Basel-Stadt an der Expo Milano 2015 ankündigt und einem interessierten Publikum in Italien vorstellt. Am Ästhetik-Tag können in einer Multi-Channel-Projektion neu an der Hochschule entstandene Werke aus Kunst und Design sowie aktuelle Forschungsergebnisse betrachtet werden. Eine Podiumsdiskussion zum Thema «Veränderungen in unserer Lebenswelt» vertieft die Thematik.

ANZEIGE

Am 18. Mai sag ich
JA ZUM TRAM
 www.ja-zum-tram.ch
 Rudolf Rechsteiner
 ehem. Nationalrat

Dauerabo auf Swisslos-Gelder

Wer in der Gunst der Regierung steht, erhält immer wieder Zehntausende von Franken

Von Mischa Hauswirth

Basel. Unter Absatz drei der Verordnungen zur Verwendung von Swisslos-Geldern steht zwar, dass «die Bewilligungsbehörde auf eine ausgewogene Verteilung der Gelder für die verschiedenen Sparten» achten soll. Doch was genau «ausgewogen» bedeutet, ist nirgends festgehalten. Die schwammige Definition schafft eine Grauzone, die dem Regierungsrat ermöglicht, immer wieder die Gleichen im Bereich, Kultur, Sport und Soziales zum Zug kommen zu lassen.

Auch wenn eine Reihe von Projekten und Organisatoren sich mit weniger als 10000 Franken zufriedengeben müssen, einige sogar mit 5000 Franken oder noch weniger, so erhalten andere deutlich mehr – und vor allem werden sie immer wieder aus der regierungsrätlichen Schatulle bedacht. Einer der Dauerabonnenten ist Tino Krattiger, SP-Grossrat und Organisator des Kulturflottes am Rhein. Jährlich erhält er 120000 Franken. Die Summe wurde gar von 2010 auf 2011 um 30000 erhöht. Auch die ehemalige AVO Session (heute Baloise Session) bekommt 100000 Franken an Unterstützungsgeldern. Ebenfalls zu den Dauerabonnenten von Beiträgen gehören das Helmut-Förnbacher-Theater und das Theater Fauteuil, die jährlich in der Höhe von 80000 bis 90000 Franken unterstützt werden. Weiter geniessen das Teamstrathenwerth Basel sowie Littmann Kulturprojekte die Gunst des Regierungsrates, ebenso wie der Tierschutz beider Basel. Unter dem Kapitel «Sozialwesen» erhielt die Organisation 500000 Franken für den «Neubau des Tierheims und Kompetenzzentrums für Mensch und Tier» im 2012, und 2013 gab 150000 Franken für den «Neubau des neuen Katzenheims in Muttenz».

Behörden kontrollieren sich selber

Die regierungsrätliche Vergabepaxis führte vergangene Woche zu Kritik (in der BaZ) durch Grossräte. Tobit Schäfer (SP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK), sagte, die Regierung verbe die Swisslos-Gelder in der Tendenz an Veranstaltungen und Projekte, die sie aus dem regulären Budget nicht zahlen wolle oder könne. Und Brigitte Hollinger, Präsidentin der SP Basel-Stadt, forderte die Regierung auf, den Fokus bei der Geldvergabe auf Nischenanbieter zu richten, wie das vorgesehen sei. «Wenn diese Praxis nicht so umgesetzt wird, braucht es eine Korrektur», sagte Hollinger.

Ob diese Forderung nicht Wunschenken bleibt, wird sich zeigen. Denn



Kräftig unterstützt. Das Jugendkulturfestival erhielt vergangenes Jahr 230000 Franken vom Swisslos-Fonds. Foto Pino Covino

zuständig für die Verteilung der Gelder ist das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD). Dort sichtet Doris Schaub die Anträge der Gesuchsteller, nimmt eine Vorsortierung vor, «gegebenenfalls unter Einbezug der entsprechenden Fachbereiche», wie es aus dem JSD auf Anfrage heisst. Welche Kriterien Schaub genau anwendet, war nicht zu erfahren. «Anschliessend werden die Gesuche mit dem Vorsteher des JSD besprochen und schliesslich durch ihn in der Regierung vorgebracht», sagt Andreas Knuchel, Mediensprecher beim JSD.

Sicherheitsdirektor Baschi Dürr (FDP) kann also den Daumen hoch oder runter halten für ein Projekt. Was ihm nicht passt, kommt gar nicht durch oder wird mit ein paar Franken abgespiesen, denn auch die Höhe der Unterstützung bestimmt der Regierungsrat aufgrund einer Empfehlung aus dem JSD.

Nach der jüngsten Kritik von einigen Grossrätinnen und Grossräten hat das JSD versprochen, die Geldvergabepraxis bis zum Sommer zu überarbeiten. Wie viel davon herauskommen wird, bleibt vorerst offen. Tatsache ist, dass die Verteilung der Swisslos-Gelder in der Vergangenheit bereits mehrfach Stoff für Diskussionen und Rügen an die Adresse des Regierungsrats provozierte. Passiert ist nichts. «Eine Arbeitsgruppe innerhalb des Justiz- und

Sicherheitsdepartements ist daran, die Swisslos-Fonds-Verordnung im Sinne einer Weiterentwicklung zu überarbeiten. Grössere Änderungen sind nicht zu erwarten», sagt Knuchel.

Geld selbst für Stadtmarketing

Gemäss Selbstdeklaration will der Swisslos-Fonds Basel-Stadt die Beiträge ausschliesslich für gemeinnützige, wohltätige oder soziale, kulturelle und sportliche Zwecke ausrichten, Projekte also, die nicht in einer gesetzlichen Aufgabe oder durch einen entsprechenden Auftrag für die öffentliche Hand definiert seien, wie es im Reglement heisst.

Über die Höhe kann der Regierungsrat Akzente setzen und seinen Gusto zum Ausdruck bringen. Dass dabei mit ungleichen Kellen angerichtet wird, zeigt das Beispiel des Kantonal-schützenverbandes Basel-Stadt. Die Schützen organisieren dieses Jahr mit dem Kantonalen Schützenfest beider Basel (KSF14) einen traditionellen Grossanlass von nationaler Bedeutung.

Im Budget des KSF14 wird eine schwarze Null angestrebt, doch das werde nur mit «sehr vielen freiwilligen und ehrenamtlichen Helfern möglich sein, welche wir bis heute noch nicht vollständig zusammen haben», sagt Benjamin Habert, Präsident des Kantonalen Schützenverbandes Basel-Stadt.

Die Schützen baten Swisslos um Unterstützung und erhielten 25000 Franken aus dem Topf, obwohl die Kosten auf mindestens 100000 Franken beziffert werden. Im Vergleich dazu ein Projekt von Autor Armin Faes, der für das Kinderbuchprojekt «Flutsch – und die goldene Harpune» 2012 einen Beitrag von 18000 Franken erhalten hat. «Wir hätten für unser Fest ohne Gewinnabsicht gerne eine grössere Unterstützung gesehen, gerade weil wir viele unserer Aufwendungen mit viel Fronarbeit decken müssen», sagt Habert. «Es macht zudem Bauchweh, wenn man sieht, mit welchen Beträgen gewinnorientierte Unternehmen wie das Musical «The Lion King» unterstützt werden.»

Das kommerzielle Musical «The Lion King» erhielt von Swisslos 150000 Franken. Dass die Regierung mit diesem Zustupf Stadtmarketing betreibt, versucht das Präsidialdepartement von Guy Morin (Grüne) gar nicht erst schönzureden. «The Lion King» gehört zu den erfolgreichsten Musicals und trägt zur Bekanntheitssteigerung und Imagewerbung für Basel bei. Diese Marketingwirkung wird auch bei Festivals wie der Baloise Session oder grossen TV-Produktionen für einen Swisslos-Beitrag berücksichtigt», sagt Melanie Imhof, Informationsbeauftragte des Präsidialdepartementes.

«Als ob man per Initiative schönes Wetter fordert»

Harsche Kritik am Regierungsrat nach dem Scheitern der Reduktion des Autoverkehrs

Von Nina Jecker

Basel. Trotz den bisherigen Bemühungen zur Eindämmung des Individualverkehrs sind in Basel immer mehr Menschen im Auto unterwegs. Was viele bereits ahnten, hat jetzt auch die Regierung erkannt: Die von einer Mehrheit der Stimmbürger geforderte Reduktion des Autoverkehrs um zehn Prozent bis zum Jahr 2020 ist nicht möglich. Regierungsrat Hans-Peter Wessels hat sich am Montag vor den Medien eine Fristverlängerung von fünf Jahren ausbedungen.

Die Reaktionen darauf sind unterschiedlich. Im grünen Lager nennt man den Regierungsrat «mutlos» und fordert, dass dieser an der Umsetzung bis 2020 festhält. Am weitesten geht dabei der grüne Grossrat und Präsident der Verkehrs- und Energiekommission Michael Wüthrich: Er fordert Regierungsrat Hans-Peter Wessels, von dem er «masslos enttäuscht» sei, zum Rücktritt auf. Für seine Partei sei das zwar aktuell kein Thema, sagt Grünen-Copäsidentin Elisabeth Ackermann. Der Kritik schliesst sie sich aber an. «Auf halbem Weg zu sagen, dass das Ziel sowie so nicht erreicht werden kann, ist inakzeptabel.» Vor allem, da der Kanton bei der Umsetzung längst beschlossener

Massnahmen zur Verkehrsreduktion wie die Parkraumbewirtschaftung und die autofreie Innenstadt nicht vorwärts-mache. «Besonders stört mich auch, dass die Regierung sich nur auf Massnahmen beschränken will, die sie für politisch umsetzbar hält», sagt Ackermann. Sie vertraut nicht darauf, dass der Regierungsrat abschätzen kann, ob etwas tatsächlich realisierbar ist oder nicht. «Man muss jetzt alles probieren, um den Volkswillen umzusetzen.»

«Die Zitrone ist ausgepresst»

Bei den Automobil-Verbänden ACS und TCS tönt es ganz anders. Der Städtevergleich habe gezeigt, dass in Basel die ÖV- und Veloverkehrsanteile bereits Spitzenplätze belegten. Mit 352 immatrikulierten Autos pro 1000 Einwohner stellt Basel den schweizweitsten Minus-Rekord auf. In Zürich liegt die Zahl bei 368 und Luzern kommt sogar auf 436 eingelöste Autos. Für Greif steht deshalb fest: «Die Zitrone ist ausgepresst.» Es sei nicht möglich, den motorisierten Verkehr in Basel weiter einzudämmen. Zumindest nicht ohne schwerwiegende wirtschaftliche Schäden. Beim ACS habe man das zwar von Anfang an gewusst, sagt Greif. Dass dies nun auch die Regierung zugebe, dafür müsse man ihr aber fast ein Kränzchen winden.

Christophe Haller, Präsident des TCS Basel und FDP-Grossrat, äussert sich ähnlich: «Bei dem zunehmenden Motorisierungsgrad in unserer Region, wozu auch das Baselbiet, Südbaden und das Elsass gehören, ist es unmöglich, die Autokilometer noch weiter zu reduzieren.» Die Regierung habe es vor der Abstimmung verpasst, aufzuzeigen, wie schwierig die Umsetzung einer solchen Vorgabe ist. Dass sich jetzt der Grüne Michael Wüthrich derart über Regierungsrat Wessels empört, kann Haller nicht verstehen: «Die sitzen ideologisch doch im selben Boot.»

Vorschlag: Noch einmal an die Urne

Sebastian Frehner, Präsident der SVP Basel-Stadt, nennt die Verkehrsreduktion eine «Illusion», die nur mit einschneidenden Massnahmen Realität werden könnte. «Da müsste man den Leuten verbieten, ein Auto zu besitzen oder von Montag bis Mittwoch nur noch Fahrzeuge mit ungerader Nummer fahren lassen. Das will nun wirklich niemand.» Die von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen wie teurere Parkplätze oder umfangreiche Tempo-30-Zonen sehen die Gegner hingegen als wirkungslose Schikane. «Damit wird das Ziel nicht erreicht und es bewirkt nur staatlich verordneten Stau», sagt

Greif. Im bürgerlichen Lager ist man sich einig: Stattdessen sollte der Verkehr, besonders der Durchgangsverkehr, kanalisiert und der Suchverkehr in den Quartieren durch eine ausreichende Anzahl Parkplätze reduziert werden. «Aber das wird nicht in Erwägung gezogen, weil wir in Regierung und Parlament Ideologen statt Pragmatiker haben», kritisiert Haller. Dem schliesst sich die LDP an: «Dass die Reduktion nicht umsetzbar ist, wurde den Befürwortern in der grossrätlichen Debatte immer wieder vorge-rechnet», sagt Parteisprecher und Grossrat André Auderset. «Doch diese nahmen nichts an, schon gar nicht Vernunft.» Auderset vergleicht die Forderung nach einer Verkehrsreduktion mit dem Wunsch nach mehr Sonnenschein: «Es ist, als ob per Initiative mindestens zwölf Sonntage pro Jahr mit schönem Wetter gefordert würden. Das würde auch haushoch angenommen, doch dem Wetter wäre das egal.»

Mit einem pragmatischen Vorschlag meldet sich Daniel Stolz, Präsident der FDP Basel-Stadt, zu Wort: Das Volk solle noch einmal an der Urne entscheiden können, ob es die Verkehrsreduktion tatsächlich will. Mit dem Wissen darüber welche verkehrsbehindernden Massnahmen tatsächlich für deren Umsetzung notwendig wären.